

Volksrecht

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werthvolle Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition:
Dorabtesgasse Nr. 32

Verleger: Dr. Richard
von ...

Nr. 1.

Danzig, den 1. Januar 1913.

4. Jahrgang.

Neujahrshoffen!

Georg Herwegh.

Herr, o Herr, soll größer noch
Deine Kette werden?
Reicht lie von dem Himmel doch
hängt herab zur Erden!
Wieder, weil ein Jahr verging,
Sprudelt man Sonette,
Singt von einem neuen Ring
An der alten Kette.

Fragend schau' ich manche Nacht
Auf zu Deinen Hallen;
Endlich, hab' ich oft gedacht,
Muß die Kette fallen.
Ach! mein Hoffen trieb im Sturm
Auf dem letzten Brette,
Und ward ein gelreiner Wurm,
Auch ein Ring der Kette.

Kette, o du klirrend Bild,
Schreckwort aller Zungen,
Welch ein Gott hat graulam wild
Dich um's All gelchungen?
Daß er keine Sterne wohl
Vor dem Falle rette,
Muß der Ewigkeit Symbol
Bleiben eine Kette?

Nimm, die lie so lang umfing,
Nimm lie von der Erden;
Laß der Kette letzten Ring
Freiheitsbrautring werden!
Höre unler banges Schrei'n;
Herr, o Herr, errette,
Und den Teufel laß allein
Ewig an der Kette!

Kann der Jahre Trauerchar,
Herr, Dir nicht genügen?
Wirft Du immer, immerdar
Ring zum Ringe lügen?
Endigt nie der Menschheit Qual?
Hebt lie nie ihr Bette?
Wächst lie nie, der Freien Zahl?
Wächst nur Deine Kette?

Ja! Du wirft. Schon leh' ich, traun
Neue Sterne ziehen,
Neue Tempel leh' ich bau'n,
Neue Völker knieen;
Donnerklang und Harfenton
Rufen in die Melte —
Still! die Engel opfern schon
Einen Ring der Kette.



Zum neuen Jahre!

Wiederum ist ein Jahr hinabgesunken in den Ortus, aus dem es keine Wiederkehr gibt. Das Alte stürzt, 1912 hat sein Ende erreicht, um dem neuen Jahr Platz zu machen. Nach altem Brauch und alter Sitte gibt uns der Jahreswechsel Anlaß, auf die Ereignisse des vergangenen Jahres einen Rückblick zu werfen, die Bilanz zu ziehen, und zu erwägen, was uns wohl im neuen Jahre bevorsteht, um danach einen Blick in die Zukunft zu werfen. Auf der politischen Bühne eines jeden Jahres ist in der Periode verstärkter Klassenkämpfe, in der wir leben, kein Mangel an historischen Geschehnissen, die das Interesse des Proletariats auch rückblickend herausfordern.

Uns ist es nicht Bedürfnis, Zusammenkünfte und persönliche Freundschaftsbezeugungen irgendwelcher Potentaten der Erde zu registrieren. Für uns kommt lediglich in Betracht, was das Volk, das kämpfende Proletariat besonders berührt und empfunden hat.

Mit Stolz und Genugtuung kann die Sozialdemokratie diesmal zurückblicken auf die Erfolge und Errungenschaften des Jahres 1912. Gleich im Anfang des Jahres, der unter dem Eindruck der Reichstagswahlen stand, hatte unsere Partei Gelegenheit, vor aller Welt zu dokumentieren, wie weit ihre Prinzipien im Volke wurzeln.

Nach dem im Jahre 1907 unter der Führung des längst verstorbenen Reichskanzlers Bülow der Sammlungsblock die Hottentottenmajorität in den Reichstag gebracht hatte, die, wie sich ein Parlamentarier ausdrückt, die Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen darstellte, war man allseits auf das große Reimmachen bei den Neuwahlen gespannt. Umso gespannter noch, als der alte Block von Herbrand bis Wiemer bei der Sanierung der Reichsfinanzen zerfallen war, weil Nationalliberale und Freisinnige mit einem Teil der Bülowischen Finanzpolitik nicht einverstanden waren. Diesen günstigen Moment benutzte die bisher schmollende Zentrumspartei, um sich bei der Regierung in empfehlende Erinnerung zu bringen. Es trat der unfeilige schwarzblaue Schnapsblock in Aktion, der nun die noch unseligere Finanzreform unter Dach und Fach brachte. In dem Bestreben, sich mit ihren natürlichen reaktionären Freunden, den Junkern, zu verbinden und dadurch wieder zum ausschlaggebenden Faktor in der Gesetzgebung und an der Staatsstuppe zu werden, schloß die Jesuitenpartei den Pakt. Junker und Pfaffen, die gefährlichsten Gegner der Volksinteressen, bildeten nun eine Mehrheit und die indirekte Steuerfrage wurde von diesem neuen Block und seiner Anhängseln, den Antisemiten und Polen, umso fester angezogen.

Der dem Zentrum verhasste Kanzler Bülow mußte nach Annahme der Finanzreform freilich über die Dinge springen, denn das nun wieder Regierungspartei gewordene Zentrum bildete den verhassten Minister nicht länger auf seinem Platze. War doch der Reichstagswahlkampf von 1907 von Seiten Bülows gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie geführt worden. Das Zentrum hatte sich aus seiner früheren Oppositionsstellung nun wieder bis zur Regierungspartei durchgemauert. Der schwarzblaue Schnapsblock hatte sich durch die das Volk bedrückende Finanzreform in argen Mißkredit gebracht und war daher die Erregung der Wählermassen natürlich. Wenn die Wahlen von 1907 das Volk durch die strupellose und verheerende Agitation des Hottentottenblocks in Aufregung versetzt hatten, so vollzogen sich die Neuwahlen im Januar 1912 als kaum dagewesene Kraftleistung. Von allen Parteien wurden riesige Anstrengungen gemacht, um den Gegner zu werfen. Die 1907 gerephten Wähler waren zum großen Teile zur Ansicht gekommen, um standen in hellen Häufen gegen den Schnapsblock. Der Wahlkampf wurde auf allen Seiten mit

beispielloser Heftigkeit geführt und das Ergebnis war, daß die übergroße Mehrheit der Wähler gegen den schwarzblauen Block votierte. Die linksstehenden Parteien Sozialdemokraten, Freisinnige und Nationalliberale vereinigten auf ihre Kandidaten sieben und eine halbe Million Stimmen, wovon für die Sozialdemokratie allein vier und eine viertel Million abgegeben wurden. Der schwarzblaue Block brachte es mit seinen Anhängseln nur auf vier und eine viertel Million Stimmen. Freilich ist diese gewaltige Differenz der Stimmzahlen in der Verteilung der Mandate nicht zum Ausdruck gekommen, weil die ungleichmäßige und ungerechte Wahlkreisverteilung den Schwarzblauen große Vorteile bietet.

Jedoch es war gelungen, den Schnapsblock im Reichstage in die Minorität zu bringen. Und hätten die Freisinnigen in vielen Wahlkreisen bei den Stichwahlen nicht versagt, so wären den Reaktionsären mindestens zwei Dutzend Mandate weniger in die Hände gefallen. Die Sozialdemokratie ging aus dem Wahlkampf mit der Eroberung von 110 Mandaten hervor und war damit zur stärksten Partei des Reichstages geworden. Bei der Präsidentenwahl im Reichstage hätte nicht viel gefehlt und unser alter Vorkämpfer August Bebel wäre Reichspräsident geworden. Aber etwa die Hälfte der Nationalliberalen erinnerte sich noch im letzten Augenblicke ihres monarchischen Gewissens und wählte in der Stichwahl den schwarzblauen Blockführer Spahn. Zum ersten Vizepräsidenten wurde unser Genosse Scheidemann gewählt und zum zweiten der nationalliberale Professor Paasche. Spahn und Paasche legten auf Beschluß ihrer Fraktionen an andern Tage ihre Ämter nieder, weil sie mit einem Sozialdemokraten nicht im Präsidium sitzen wollten. So erlebte die Welt das einzig dastehende Schauspiel, daß die Verhandlungen des deutschen Reichstages in einer Sitzung ausschließlich durch einen sozialdemokratischen Präsidenten geleitet wurden. An Stelle des zurückgetretenen Spahn und Paasche wählte der Reichstag zwei Freisinnige ins Präsidium und zwar Kämpf zum Präsidenten und Dove zum zweiten Vizepräsidenten. In der Geschichte des Reichstages war es noch nie dagewesen, daß aus einer Partei, die der Stärke nach an fünfter Stelle stand, zwei Präsidenten gewählt wurden. Der Reichstag hatte sich somit ein reines Linkspräsidium geschaffen. Leider war es nach Lage der parlamentarischen Verhältnisse und besonders wegen der Charakterlosigkeit der Nationalliberalen nur ein Verlegenheitspräsidium. Bei der nach der Geschäftsordnung des Reichstages nach vier Wochen nochmals vorzunehmenden Präsidentenwahl wurde Genosse Scheidemann auch glücklich wieder „hinausgewählt“, weil es unsere Fraktion ablehnte, hönische Verpflichtungen zu übernehmen. Somit war das Präsidium wieder sozialistischer. Ob es diplomatisch und vorteilhaft für ein Parlament ist, wenn die stärkste Fraktion vom Präsidium ausgeschlossen ist, mag dahingestellt bleiben, mindestens aber ersieht man aus dem Verhalten der Nationalliberalen, daß ihnen hönische Zeremonien mehr wert sind als parlamentarische Gerechtigkeit und die ernste Arbeit der Gesetzgebungsmechanik.

Die größte Tat des neuen Reichstages bestand darin, daß eine von der Regierung eingebrachte neue Militärvorlage allein gegen die Stimmen unserer Partei zur Annahme gelangte. Schnapsblock und liberale Parteien stimmten einmütig für die neue schwere Belastung des Volkes.

In Schwarzbürg-Rudolfsadt, wo im Landtage eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden war, konnte es sich die Regierung nicht verkneipen, den Landtag aufzulösen. Die Neuwahlen ergaben wieder einmütig eine sozialdemokratische Mehrheit und

wurde auch der Genosse Winter abermals zum Präsidenten gewählt.

Kurz vor Weihnachten brachte die Regierung des Fürstentums Neuh. J. L. eine Wahlrechtsverschlechterungsvorlage im Landtage ein. Es wurden für die Erhaltung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, das bis dahin in Neuh. bestanden hatte, seitens unserer Partei erbitterte Kämpfe geführt. Die gesamte Reaktion des reichlichen Landtages — einschließlich der Freisinnigen — stimmte jedoch dem von der Regierung eingebrachten Fünfklassenwahlrecht zu, um damit zu verhindern, daß die Sozialdemokraten einmal die Oberhand gewinnen könnten. Auch auf kommunalem Gebiete sind im vergangenen Jahre heftige Wahlrechtskämpfe geführt worden. Überall fürchtete man den Einfluß unserer Partei auf kommunale Verhältnisse. Die Gegner sind überall einig darin, daß ihnen ihre bisherigen Privilegien nicht verloren gehen. Sobald Sozialdemokraten eine einflussreiche Stellung, sei es im Landes- oder Kommunalparlament, einnehmen, ist es mit den schönen Tagen von Kranzweg der bürgerlichen Parteien vorbei, denn unsere Genossen decken mit freimütigem Gerechtigkeitsinn alle Sünden und Mißstände, die die Bürgerlichen verschuldet haben, unmeißelhaft auf. Darum ist man bestrebt, unsere Partei möglichst von diesem Einflusse fern zu halten, um der Kritik zu entgehen, die die Gegner zu fürchten haben. Die Furcht der gesamten Reaktion ist so stark, daß auch fast überall die Freisinnigen für die Verschlechterungen des kommunalen Wahlrechts eingetreten sind. Wenn auch der kommunale Wahlrechtsraub nicht überall gelungen ist, so aber doch an verschiedenen Orten, unter andern auch in Blauen i. B.

Wenngleich für uns Sozialdemokraten diesmal die Inventuraufnahme, hauptsächlich mit Bezug auf die Reichstagswahlen, erfreuliche Ereignisse zu Tage gefördert hat, so wird sie jedoch getrübt durch die wenig angenehme Tatsache der Depression, die sich in unserm Wirtschaftsleben bemerkbar gemacht hat. Seit einigen Jahren befinden wir uns in einer wirtschaftlichen Kalamität, die einer permanenten Krisis sehr ähnlich sieht. Der Hochkonjunktur im Raugewerbe in Mitteldeutschland und hier besonders in Berlin, ist seit circa fünf Jahren ein Niedergang gefolgt. Dieser Niedergang nicht abzusehen ist. Die Säulen der kapitalistischen Unterproduktion stützen sich hier, wie vorausgesetzt war, wieder an den Unschuldigen, an den Arbeitern. Tausende können keine Beschäftigung finden und die Statistiken der Gewerkschaften über die Arbeitslosigkeit weisen erschreckende Zahlen auf. Die Verantwortung trägt das verwerfliche System unserer privatkapitalistischen Produktionsweise, das uns aus eine Krisis in die andere stürzt. Hier trat noch die durch die Trockenheit des Jahres 1911 veranlaßte Teuerung aller Lebensmittel, die trotz der guten Ernte des Vorjahres wenig gemildert ist. Bedingter Weise wurde auch durch die Trockenheit die Fleischproduktion in Deutschland herabgedrückt, so daß das vergangene Jahr uns als Folge unserer unsinnigen Zoll- und Abperrungspolitik eine Fleischteuerung und Fleischnot gebracht hat, wie nie zuvor. Unter dieser Fleischnot hatten in erster Linie die minderbemittelten Klassen zu leiden. Diesen kriegsartigen Zuständen gegenüber hatten die Junker nur Hohn und Spott für die notleidenden Bevölkerungsklassen, indem sie und ihre gewinnstüchtigen Wirtschaftlichen von einem „Fleischnotkramel“ sprachen. Doch aller energischen Proteste der Arbeiter sah sich die Regierung nicht veranlaßt durchgreifende Maßnahmen zur Dämpfung der Fleischnot herbeizuführen, da sie es ja mit den Junkern in keiner Weise verderben wollte und weil sie in den Ministerhotels nichts von einer

Fleischnot zu veripüren war. Nur erst als sich der Volkssturm bis zur Siebtheige gesteigert hatte, und als auch die Verwaltungen der größeren Städte an die Regierung um Abhilfe herantreten, sah sich diese gezwungen, dem Volke magere Beistellungen in Form der Einführung ausländischen Fleisches zu gewähren. In einer radikalen, durch Aufhebung der Grenzsperr, konnte sich die Junkerregierung nicht entschließen, da sie vor den Junkerlichen Rebellien, die sich schamlos die Fleischnot zu Nutze machten, höllischen Respekt hatte. Noch nie hatte der Konsum in Pferde- und Hundfleisch — ein charakteristisches Kulturzeichen — in Deutschland eine solche Höhe erreicht als im Vorjahre.

Blutig loderte die Kriegsfackel mehr als einmal am Horizont und der Balkanbrund schien auch Deutschland nicht verschonen zu wollen. Europa wurde nur durch den in der Bakater Friedensdemonstration nachweislich bekundeten Friedenswillen des international verbrüderter Proletariats vor den Schrecken des kriegerischen Massenmord bewahrt.

Das Volk hat aus den geschilderten Zuständen des Vorjahres feierlich Veranlassung, seinen in freudiger Verzückung zu gedenken.

Aber auch die Zukunft tritt uns grau, in dicke Nebelstriebe gehüllt, entgegen. Noch ist kein Ende der Fleischnot abzusehen und noch stehen in Folge der agrarischen Schutzpolitik alle Lebensmittel hoch im Preise, so daß dieselben für die Armen schier unerschwinglich sind.

Osterode.

Wiederum war das bekannte Feuilleton Osterode, das sich mit der Verhöhnung des Hauptmanns Rasch durch den Musikleiter Emersleben beschäftigt, Gegenstand einer Gerichtsverhandlung. Dem Gen. August Winning, der Verurtheilung der Soldatengeschichten „Preussischer Kommissar“, hatte die Verurtheilung des Musikleiters die Anregung zu einer kleinen Skizze gegeben, die unter dem Titel „Osterode“ in einer ganzen Reihe von Parteiblättern Aufnahme gefunden hat. Der Verfasser wurde beschuldigt, durch seine Skizze die Ehre und Untertugend der Armee beleidigt zu haben.

Aber nicht nur Genosse Winning sondern auch Ernst Köpke, der verantwortliche Redakteur des „Samburger Echo“ hatte sich wegen Beleidigung und wegen Verächtern gegen das Preussische zu verantworten.

In der Verhandlung waren von dem Verteidiger als literarische Sachverständige der bekannte Richter Richard Dehmel und Dr. Vöckner bestellt worden, die auch der Verhandlung bewohnten. Richard Dehmel warnte nach dem „Samburger Echo“ aus, daß man die Erzählung nur vom literarischen Standpunkt aus betrachten könne. Der ganze Fall schiere einen Verstoß gegen den Artikel 104 des Reichsgesetzes darstellend, durch seine Skizze die Ehre und Untertugend der Armee beleidigt zu haben. Aber nicht nur Genosse Winning sondern auch Ernst Köpke, der verantwortliche Redakteur des „Samburger Echo“ hatte sich wegen Beleidigung und wegen Verächtern gegen das Preussische zu verantworten.

Dr. Vöckner erklärte sich im großen und ganzen dem Gutachten des Richters Dehmel an. Er meinte, daß die Skizze nicht als literarische Sachverständige der bekannte Richter Richard Dehmel und Dr. Vöckner bestellt worden, die auch der Verhandlung bewohnten. Richard Dehmel warnte nach dem „Samburger Echo“ aus, daß man die Erzählung nur vom literarischen Standpunkt aus betrachten könne. Der ganze Fall schiere einen Verstoß gegen den Artikel 104 des Reichsgesetzes darstellend, durch seine Skizze die Ehre und Untertugend der Armee beleidigt zu haben.

Der Staatsanwalt erklärte sich nach dem Gutachten des Richters Dehmel an. Er meinte, daß die Skizze nicht als literarische Sachverständige der bekannte Richter Richard Dehmel und Dr. Vöckner bestellt worden, die auch der Verhandlung bewohnten. Richard Dehmel warnte nach dem „Samburger Echo“ aus, daß man die Erzählung nur vom literarischen Standpunkt aus betrachten könne. Der ganze Fall schiere einen Verstoß gegen den Artikel 104 des Reichsgesetzes darstellend, durch seine Skizze die Ehre und Untertugend der Armee beleidigt zu haben.

Der Staatsanwalt erklärte sich nach dem Gutachten des Richters Dehmel an. Er meinte, daß die Skizze nicht als literarische Sachverständige der bekannte Richter Richard Dehmel und Dr. Vöckner bestellt worden, die auch der Verhandlung bewohnten. Richard Dehmel warnte nach dem „Samburger Echo“ aus, daß man die Erzählung nur vom literarischen Standpunkt aus betrachten könne. Der ganze Fall schiere einen Verstoß gegen den Artikel 104 des Reichsgesetzes darstellend, durch seine Skizze die Ehre und Untertugend der Armee beleidigt zu haben.

Der Staatsanwalt erklärte sich nach dem Gutachten des Richters Dehmel an. Er meinte, daß die Skizze nicht als literarische Sachverständige der bekannte Richter Richard Dehmel und Dr. Vöckner bestellt worden, die auch der Verhandlung bewohnten. Richard Dehmel warnte nach dem „Samburger Echo“ aus, daß man die Erzählung nur vom literarischen Standpunkt aus betrachten könne. Der ganze Fall schiere einen Verstoß gegen den Artikel 104 des Reichsgesetzes darstellend, durch seine Skizze die Ehre und Untertugend der Armee beleidigt zu haben.

Der Staatsanwalt erklärte sich nach dem Gutachten des Richters Dehmel an. Er meinte, daß die Skizze nicht als literarische Sachverständige der bekannte Richter Richard Dehmel und Dr. Vöckner bestellt worden, die auch der Verhandlung bewohnten. Richard Dehmel warnte nach dem „Samburger Echo“ aus, daß man die Erzählung nur vom literarischen Standpunkt aus betrachten könne. Der ganze Fall schiere einen Verstoß gegen den Artikel 104 des Reichsgesetzes darstellend, durch seine Skizze die Ehre und Untertugend der Armee beleidigt zu haben.

Politische Übersicht.

Gründlich in Gründlich.

Der Bund der Arbeiter hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die von besonderer Wichtigkeit sind. Diese Beschlüsse betreffen die Organisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Es ist zu erwarten, daß diese Beschlüsse zu einer noch größeren Einigung der Arbeiter führen werden. Die Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die von besonderer Wichtigkeit sind. Diese Beschlüsse betreffen die Organisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Es ist zu erwarten, daß diese Beschlüsse zu einer noch größeren Einigung der Arbeiter führen werden.

War das vergangene Jahr ein Kampf- und Drangsaljahr für die Arbeiterklasse, so wird es das neue Jahr nicht minder sein. Umfangreiche und erbitterte Kämpfe stehen uns auf wirtschaftlichem Gebiete bevor. Dank der Herrschaft des profitgierigen und in seiner Habgier unersättlichen Unternehmertums wird Deutschland in harte und schwere wirtschaftliche Kämpfe gestürzt werden, wovon nicht nur im letzten Augenblicke die Einsicht minder schmerzhafter Kämpfe sich Geltung verschafft.

Im Vordergrund dieser Kämpfe steht das Baugewerbe, dessen Unternehmertum es nicht vermeiden kann, die Arbeiter als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen. Das Scharfmachertum im Baugewerbe steht dem in der Metallindustrie in keiner Weise nach. Alle sind bestrebt, die Arbeiter unter die kapitalistische Fuchtel zu zwingen, das Koalitionsrecht zu beseitigen und alle freibleibenden Regungen zu ersticken. Auch in der Holzindustrie weichen die Scharfmacher eifrig die Arbeiter um den Arbeiter die Koalitionsfreiheit zu beschneiden und die Organisation zu sprengen.

Also will es der heilige Kapitalismus. Die Arbeiterklasse wird sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln wehren, um Altstatute auf ihre Rechte abzuschlagen.

Auf politischem Gebiete steht dem preussischen Volke bevor, in diesem Jahre das Urteil abzugeben über das Dreiklassenparlament. Unter dem Terror der öffentlichen Stimmabgabe wird das

Schießpulver schaden, als sie nur haben wollten, und das Holz zu den französischen Militärbaracken lieferte die — königlich preussische Forstverwaltung!

Wir würden die Botschaft der Zeitung beweisen, daß Geschäftigkeit ist und sie beruft sich, wie gesagt, zur Begründung des patriotischen Standpunktes auf seinen Geringeren als auf Bismarck. Sie vergißt aber, vielleicht nicht ganz ohne Absicht, daß

Kriegsgefahr und Teuerung

begleiten die Volksmassen vom alten ins neue Jahr. Immer noch steht am Horizont unheimlich drohend das furchtbare Gepeits eines Weltkrieges, während zugleich die wechtätige Bevölkerung von der unvermindert fortwährenden Teuerung höher heimgesucht wird. Die auf höchste gespannte äußere Lage wird das politische Leben noch lange nachhaltig beeinflussen und auch den Reichstag nach wiederholt beschäftigen. Eine halbwegs fähbare Pinderung der Not der Volksmassen wird von der Regierung und den Mehrheitsparteien rücksichtslos verweigert: den junkerlich-kapitalistischen Profitinteressen opfert man unbedenklich das Wohl der Habenichtse, von denen Millionen an Unterernährung leiden.

Statt dessen kündigt der nimmermüde Militarismus abermals neue Forderungen an, versucht die Regierung durch das Petroleummonopol eine neue Schröpfung der untern Volksschichten, organisieren Junker und industrielle Scharfmacher einen neuen Sturm auf die schmalen Rechte der Arbeiterklasse. Wichtigste Aufgaben der Gesetzgebung sind auch im preussischen Dreiklassenparlament noch zu erledigen:

Landtagswahlen und Wahlrechtskampf

werden durch zehnjähriges politisches Leben bringen, die Massen aufzurufen helfen und sie mit neuem Anzorn gegen ihre politische Resignation und die Schuldigen des preussischen Jammers erziehen. Neue und höhere Kämpfe auf gewerkschaftlichem Gebiete bereiten sich vor.

Das wird zahlreiche als bisher müssen in der letzten unruhigen bedeutungsreichen Zeit die Arbeiter die Reihen ihrer Organisationen vergrößern, mit zehnfach gesteigertem Eifer müssen sie für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Presse tätig sein. Ungemein zahlreich sind leider auch die Arbeiter, die die angeblich unerschöpfliche Klatschpresse und die Blätter der erklärten Gegner der Arbeiterbewegung in ihrer Wohnung dünden und dadurch ihre Schranken für die Arbeiterklasse öffnen. Diese Blätter sind die Feinde der Arbeiterbewegung und die Blätter der erklärten Gegner der Arbeiterbewegung in ihrer Wohnung dünden und dadurch ihre Schranken für die Arbeiterklasse öffnen. Diese Blätter sind die Feinde der Arbeiterbewegung und die Blätter der erklärten Gegner der Arbeiterbewegung in ihrer Wohnung dünden und dadurch ihre Schranken für die Arbeiterklasse öffnen.

Volkswacht.

So laßen wir denn unsere Freunde und Anhänger ein die Zeit zu nützen und, indem sie der Volkswacht neue Leser und Freunde gewinnen, neue Kämpfer einzuweihen in die Kämpfe der Gerechtigkeit gegen die Ausbeutung und für die Freiheit und das Recht des Volkes.

Die Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die von besonderer Wichtigkeit sind. Diese Beschlüsse betreffen die Organisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Es ist zu erwarten, daß diese Beschlüsse zu einer noch größeren Einigung der Arbeiter führen werden. Die Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die von besonderer Wichtigkeit sind. Diese Beschlüsse betreffen die Organisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Es ist zu erwarten, daß diese Beschlüsse zu einer noch größeren Einigung der Arbeiter führen werden.

Deutschland.

Januar bis zum Ende des Monats.

Am Montag, den 15. Dezember wurden in Straßburg die Verhandlungen über die Revision des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen. Die Verhandlungen haben zu einer Reihe von Beschlüssen geführt, die von besonderer Wichtigkeit sind. Diese Beschlüsse betreffen die Organisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Es ist zu erwarten, daß diese Beschlüsse zu einer noch größeren Einigung der Arbeiter führen werden.

preussische Volk zur Wahlurne schreiten um ein neues Abgeordnetenhaus zu wählen. Schon des öfteren haben wir Gelegenheit genommen, die Dreiklassenschmach, unter der das Volk leidet, ins richtige Licht zu stellen, so daß wir es uns heute verlagern können, näher darauf einzugehen. Das Unrecht, das seit mehr als 60 Jahren von den herrschenden Klassen am Volke durch die Dreiklassenschmach verbrochen worden ist, schreit zum Himmel.

In dem bevorstehenden preussischen Wahlkampf wird die Forderung des Volkes nach einem gerechten Wahlsystem, nach dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht, mit elementarer Gewalt hervordringen müssen!

Es ist unsere Hauptaufgabe bei den Wahlen, die noch indifferenten Massen gegen das brutale Unrecht des preussischen sogenannten Wahlrechts mobil zu machen. Die Dreiklassenschmach, die Preußen unter allen Kulturstaaten der Welt zum Gespött macht, muß verschwinden! Der Wille der großen Mehrheit des preussischen und deutschen Volkes muß zum Durchbruch gelangen und die politische und wirtschaftliche Ungleichheit zu Boden geworfen werden.

Darum treten wir in das neue Jahr ein mit der Parole: Nieder mit aller Tyrannei, nieder mit der Herrschaft der besitzenden Klassen! Es lebe die Gerechtigkeit, es lebe die Volkswacht! Vorwärts! Aufwärts!

fünf Tolen auch der Genosse W. Bewers, der ein ebenso guter und sorgfamer Familienvater wie treuer Gewerkschaftler und Genosse war. Er wurde geachtet von allen, die ihn kannten. Bewers aber war aus der Kirche ausgeschieden und dafür mußte er nach seinem Tode noch büßen, dies wurde ihm nach seinem Tode noch nachgetragen von der Kirche, die die Nächstenliebe, die Feindesliebe predigt. Nicht etwa, daß wir uns darüber aufregen, daß der Geistliche, als die Särge vom Wagen zur Gruft getragen wurden, schon dem vierten Sarge folgte, und auch in seiner Rede nur von „einer meiner Lieben“ sprach, um so in aller Öffentlichkeit zu demonstrieren, daß der fünfte Sarg für ihn nicht existiere, — das mag der Geistliche halten, wie er will. Aber das man in der Gruft selbst mit Absicht die vier ersten Särge eng zusammenrückte, zwischen dem vierten und fünften Sarg aber einen Abstand von über einen halben Meter ließ, und der Geistliche nach dem Schluss seiner Rede den Totengräber noch besonders ermahnte, die ersten vier Särge noch mehr aufeinander zu rücken — jedenfalls, damit der Abstand zwischen dem fünften ein noch größerer würde —, das ist, was der ganzen Geschichte die Krone aufsetzt. Die verunglückten Kameraden, die in der Gruft zusammenwirkten, gemeinsam den Tod fanden, dürfen sich in der Gruft nicht näher kommen. Ist das ein Christentum? Wir fragen ob solcher und anderer Vorkommnisse, warum Christus sein Blut für die Menschheit geopfert hat. Um einem solchen Christentum die Wege zu ebnen? Das begreifen wir nicht.

Dann glauben sie wenigstens an den Staatsanwalt!

Was Breslauer Richter sich Arbeitern gegenüber herausnehmen, das wurde in recht drastischer Weise in der letzten Schwurgerichtsperiode durch den Strafkammervorsitzenden Meke bewiesen und zwar in jenem Prozesse, in dem ein von der Polizei bezahlter Digital wegen Totschlags zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde. Als Zeuge trat ein Arbeiter vor die Schranken und antwortete auf die Frage nach seinem Religionsbekenntnis: „Ich bin freireligiös.“ Darauf der Richter: „So, Sie sind freireligiös, Sie glauben also nicht an Gott, und auch nicht an die ewige Verdammnis. Da werde ich Ihnen einmal etwas sagen: Dann glauben Sie wenigstens an den Staatsanwalt! Denn wenn Sie an den nicht glauben und sagen unter Ihrem Eide etwas Falsches aus, dann sperrt er Sie 10 Jahre ins Zuchthaus! Nach dieser „Rechtsbelehrung“ mußte der Zeuge den Eid im Namen Gottes, des Allwissenden, ablegen.

Ein herrliches Bild! Auf der Anklagebank ein Mensch, der bei der Polizei für Spitzeldienste wöchentlich 5 Mark verdient und wegen Totschlags verurteilt wird; der gehörte natürlich einer christlichen Konfession an. Auf der Zeugenbank aber ein Arbeiter, der sich wegen seiner religiösen Heberzeugung bei Ausübung seiner staatsbürgerlichen Pflicht in dieser Weise behandeln lassen muß.

Scharfmacherhehn!

Die Deutsche Bergwerkszeitung vom 15. Dezember schreibt: Der Zentralverband deutscher Industrieller, der in dieser Woche in Berlin getagt hat, mußte diesmal sein Festmahl feiern ohne die Teilnahme auch nur des kleinsten Ministers oder Staatssekretärs. Die Industriellen sind dadurch um nichts, die Minister wahrscheinlich um ein gutes Duzer gekommen. Es handelt sich hier um eine kleine Demonstration; oder, wenn man so will, um eine kleine Petition. Die Herren wollten dem Zentralverband zu verziehen geben, wenn sie duntieren, sie sich ihre Verdauung nicht durch unangenehme Reden stören lassen wollen. Es ist, wenn wir uns recht erinnern, bei einem solchen Festmahl im vorigen Jahre vorgekommen, daß ein hervorragender Vorkämpfer für die industriellen Interessen eine Rede gehalten hat, in der die berechnete Anzucht der Industrie mit der ministeriellen Politik etwas bitter durchgeleitet wurde. Das war freilich nicht recht. Die Industrie soll leiden ohne zu klagen, nur die Agrarier dürfen schreien und nachwärtlich schreiben. Ein sonst regierungstreuem Blatt glaubt während des Festmahls die Beobachtung gemacht zu haben, daß die pure Laune und die fröhliche Stimmung der Teilnehmer durch die Unwesenheit der Minister nicht gelitten habe. Wir unferren sind hieron sogar überzeugt.

Ob die Regierung diesen Hehn verdient hat, mag sie selbst prüfen. Was an uns liegt, so können wir ihr die scharfmacherische Attentatsaktion von Herzen. So wie oben behandelt man Leute, die sich bisher nicht unterwürdig genug den Herren der Industrie gegenüber zeigen konnten.

Die Remonten werden teurer.

Die Agrarier dürfen keine Gelegenheit vorbegehen lassen, auf den Vorteil ihrer eigenen Tische bedacht zu sein. Eine Veranlassung österreichischer Remonteschlichter hat an den Kriegsminister eine Eingabe gerichtet, in der sie beantragt, den Kaufpreis für Remonten auf mindestens 1300 Mark zu erhöhen. Bisher hat das Reich für Remonten durchschnittlich 1065 Mark bezahlt. Um den verbleibenden Agrariern etwas unter die Arme zu greifen, sind bereits in den vorjährigen Etat 75 000 Mark mehr für den Ankauf von Remonten eingelegt worden. Damit waren die Agrarier aber noch immer nicht zufrieden; sie verlangen jetzt, daß ihnen geradezu Skontopremie für ihre Pferde gezahlt werden müssen. Selbstverständlich wird auch hier wieder das vaterländische Interesse in den Vordergrund gehoben und es unterliegt für uns gar keinem Zweifel, daß die Agrarier bereit sind, ihre Pferde lieber an das Ausland zu verkaufen, als sie zum feierlichen Preise an die Militärverwaltung abzugeben. Der Patriotismus der Agrarier, der sich nie durch besondere Halbbarkeit ausgezeichnet hat, endet unter allen Umständen dort, wo das Geldadmetere anfängt.

Den Frommen ins Stammbuch!

In diesem Jahre haben am Landgericht Beuthen, das die Kreisämter Beuthen und Tarnowitz, also zwei Drittel der oberländischen Industrie umfaßt, 9 Schwurgerichtsperioden, von

Danzig.

Der erste städtische Arbeiter-Ausschuss

Ist am 28. Dezember für die Gas- und Wasserwerke gewählt. Leicht war diese Wahl aber keineswegs. Das kommt auch in ihrem Ergebnis zum Ausdruck. Ein liberales Denkmal hat sich die städtische Verwaltung mit diesem Wahlarangement nicht gefehlt. Die Wahl erfolgte auf Grund der famosen Arbeitsordnung, die wir eingehend gewürdigt haben. Trotz der schönen Reichstagsreden Weinhausens für die Koalitionsfreiheit und das Recht der Arbeiter hat sich die liberale Stadtverwaltung nicht veranlaßt gefühlt, auch nur die schlimmsten Bräutereien der Arbeiter aus den Arbeitsordnungen zu streichen. Der Magistrat hat die ihm eingehend begründet überreichten Abänderungsanträge nicht einmal einer Antwort gewürdigt, sondern sie ohne weiteres in den Papierkorb befördert! Wenn er geglaubt hat, daß die Arbeiter vor dieser freisinnigen Schneidigkeit ins Bodshorn kriechen würden, so hat er sehr geirrt. Für die Wahl des ersten Ausschusses wurde, im Gegensatz zu den sonstigen Beschränkungen des Wahrechtes, die Wahlzeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags ohne Unterbrechung festgesetzt. Damit sollte eine Art Wahlpflicht erreicht werden. Zugleich erfüllte man damit einen Wunsch des gelben Magistratsvereins. Die Arbeitsordnung bestimmt im Paragraph 36, daß die Stimmzettel weiß und von gleicher Größe sein müssen. Diese Größenbestimmung ist bezügl. für die ganze Arbeitsordnung. Damit konnte selbstverständlich kein Mensch etwas anfangen. Der Magistrat gab deshalb selbst Stimmzettel heraus. Doch schien er sich selbst über die Gleichheit absolut nicht klar zu sein. Für jeden Wahlgang gab er zwei Muster. Das eine war nur ein leeres Blatt, das für die Wahl der fünf Vertreter benutzt werden sollte. Das zweite Muster erhielt den Vorzug Erbsmann sowie fünf Striche und sollte für die Wahl der Erbsmannleute gelten. Am Morgen des Wahltages, als die Stimmzettel des Verbandes, die die Betriebszugehörigkeit der Kandidaten angaben, bereits bekannt waren, wurde durch Aushang vorgeschrieben, daß nur ein Stimmzettel für sämtliche Wahlen zulässig sei, der nichts weiter als nur die Namen der Vorgesetzten enthalten dürfe. Hierdurch hatte der Magistrat seine eigenen Muster für unzulässig erklärt! Neue Stimmzettel waren unmittelbar vor Beginn der Wahl nicht mehr herzustellen. Deshalb half sich der Verband dadurch, daß er auf seinen Stimmzetteln nach Rücksprache mit dem Wahlleiter, die nicht erlaubten Angaben durchstrich. Das war aber in allen beteiligten Betrieben nicht mehr rechtzeitig möglich, und so ergab sich eine unerfreuliche Verwirrung. Bei dem gelben Magistratsverein war ein wahres Tohuwabohu eingerissen. Dort schien überhaupt niemand zu wissen, was los war. Außerdem schien in ihm auch sonst eine Einigkeit vorhanden zu sein, die jeder Beschreibung spottet. Die Hirsche und Christen beteiligten sich überhaupt nicht an der Wahl. Ihre vielgerühmte „Macht“ erlaubte ihnen das nicht.

Wahlberechtigte waren 254 vorhanden. Von diesen übten 200 das Wahlrecht aus. Nicht weniger als 104 Stimmzettel wurden aus den vorerwähnten Gründen für ungültig und nur 96 für gültig erklärt. Von diesen erhielten die Verbandskandidaten 62 Stimmen. Die Gelben dagegen nur 31. Mehrere der Kandidaten des Verbandes erhielten auch noch von anderen Zetteln einige Stimmen, so daß sie mit 65 bis 63 Stimmen gewählt wurden. So eigenartig das Wahlergebnis auch ist, so hat es schließlich doch gezeigt, daß die ehrliche Arbeit der freien Organisation für die Interessen der städtischen Arbeiter von diesen so gewürdigt wird, wie es notwendig ist.

Im übrigen wünschen wir, daß der Magistrat die Vorbereitungen späterer Wahlen so rechtzeitig und zweckmäßig trifft, daß sich solche Verwirrungen nicht wiederholen.

Was geht in den Staatsbetrieben vor?

Nach einer Verfügung des Reichsmarineamts soll die Werft angewiesen sein, mit den an Ort bestehenden gleichartigen Betrieben, sowie anderen Staats- und Kommunalbetrieben in Verbindung zu treten zwecks Austausch der Lohn- bzw. Verdienstlisten. Diese Maßnahme hat den Zweck, die Betriebsleitungen jederzeit in die Lage zu versetzen, etwaige Wünsche der Arbeiter mit größter Eleganz ablehnen zu können. Die Arbeiter werden dann mit ihren höheren Lohnforderungen abgewiesen werden können, mit dem Hinweis, daß der Lohn in dem oder dem Betriebe nicht höher steht, ja sogar noch niedriger ist. Natürlich werden die Behörden sich hüten, dieses offen zuzugeben, sondern man wird es vielmehr offen bestreiten. Nach den uns gewordenern Mitteilungen sind die Lohn- und Verdienstverhältnisse ausgetauscht worden zwischen den Betrieben der Gewehrfabrik, Artilleriewerkstatt, Eisenbahnrevisionsbezirk Danzig und Stolp, Eisenbahnwerkstätte Danzig und Pirchawan, der Kaiserlichen Werft und Schiffbauwerk. Staats- und Privatbetriebe unterstützen sich gegenseitig, soweit es sich um Wünsche der Arbeiter handelt. So brachten wir in Nummer 101 der Volkswacht den klaren Beweis, daß sich die Kaiserliche Werft Danzig gegen eine Höherbezahlung, der Überstunden Nacht- und Sonntagsarbeit wandte, lediglich mit dem Hinweis, daß der Privatindustrie damit nicht gedient sei. Also Rücksichtnahme auf die Schiffbauwerk ist der atehrende Grund. Leidtragende sind die Arbeiter der Kaiserlichen Werft, welche nach unseren Feststellungen im Jahre 1912 250 000 Arbeitsstunden geleistet haben. Einem Musterbetriebe gereicht ein solcher Liebesdienst nicht zur Ehre. Derartige Bestrebungen scheinen sich in letzter Zeit besonders breit zu machen. Wohin die Reise geht, zeigt uns die Medlenburg-Schweriner Eisenbahndirektion, welche an die Hauptdirektion des Patriotischen Vereins — einer konservativ-agrarischen Interessengruppe — nachstehendes geheimes Schreiben gelangt hat:

Gelegentlich wird in landwirtschaftlichen Kreisen geklagt, daß die Eisenbahndirektion ihren im Bahnunterhaltungsdienst beschäftigten Streckenarbeitern zu hohe Löhne zahle und dadurch auch die Löhne für die Landwirtschaft steigere, während andererseits die bei der Eisenbahnerwaltung beschäftigten Streckenarbeiter, wenn sie um Lohnerhöhung einkommen, sich darauf zu berufen pflegen, daß sie anderweitig, insbesondere auch in landwirtschaftlichen Betrieben mehr verdienen könnten. Wir sind bestrebt, bei Bemessung des Streckenarbeiterlohnes in denjenigen Bahnmeistersbezirken, die hauptsächlich ländliche Arbeiter beschäftigen, Fühlung mit den Verhältnissen in den betreffenden ländlichen Kreisen zu behalten, doch besteht nicht selten Verlegenheit hinsichtlich der Auskunftstelle, von der der Eisenbahnerwaltung zuverlässige Mitteilung über die von den Landwirten gerade gezahlten Löhne gemacht werden könnten. Wir fragen deshalb ergebenst an, ob der Medlenburgische Patriotische Verein in der Lage ist, diese Auskunft über die Löhne in den einzelnen Distrikten des Vereins durch seine Organe zu geben. Bejahendenfalls ersuchen wir, die Herren Distriktdirektoren oder Distriktssekretäre zu veranlassen, auf bezügliche Anfragen unserer Bauinspektoren oder Bahnmeister die fragliche Auskunft zu erteilen.

Das Hauptdirektorium des famosen Patriotischen Vereins hat natürlich mit Dank diesen Versuch am 1. Oktober 1912 aufgenommen, aber mit gutem Grunde seine Organe ersucht,

einer durchschnittlichen Dauer von je vierzehn Tagen stattgefunden. Wie immer, so hatte sich das Schwurgericht auch im letzten Jahre hauptsächlich mit Verbrechen gegen das menschliche Leben zu beschäftigen. In sieben Fällen wurde wegen Mordes verhandelt. Fünf der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, von denen zwei, Kaczy und Kondziola bereits hingerichtet sind. Die beiden anderen Angeklagten wurden zu je 15 Jahren Zuchthaus, bzw. 15 Jahren Gefängnis verurteilt. In drei Fällen wurde wegen Totschlags verhandelt, und in zwölf Fällen wegen Körperverletzung mit Todeserfolg. Diese Urteile endeten sämtlich mit Verurteilung bis zu 15 Jahren Zuchthaus. In 20 Fällen hatten sich 43 Personen wegen Raub, versuchten Raub, und räuberischer Erpressung zu verantworten, und auch hier endete nur ein Teil mit Freisprechung; alle anderen mit Verurteilung. In vierzehn Fällen wurde wegen Stillschleppens verurteilt, und in 11 Fällen wegen Urkundenfälschung und Betrug verhandelt. Es folgen dann noch vier Fälle wegen Meineid bzw. Verleitung zum Meineid. Dann drei Fälle wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, 2 Fälle wegen Kindesmord, und je ein Fall wegen Brandstiftung, Amtsverbrechen, Münzverbrechen und Verbrechen gegen das feimende Leben, die sämtlich mit Verurteilung endeten.

Das sind nur die Verhandlungen vor dem Schwurgericht und es bleiben die Urteile der Strafkammer, die tagaus und tagein verhandeln, unberücksichtigt. Recht interessant dürfte es werden, wenn der Jahresbericht des Landgerichts herauskommt, denn dann wird es sich zeigen, wie sehr die Frömmigkeit auf die Bevölkerung wirkt, denn das steht doch unbestritten fest, daß kaum wo anders so viel scheußliche und gemeine Verbrechen vorkommen, als in dem frommen Oberschlesien. Wenn es in anderen frommen Gegenden ganz gewiß auch nicht an Verbrechen mangelt. Woran es liegt, daß gerade in den frommsten Gebieten das Verbrechen so üppig blüht, ist schon oft genug dargelegt worden.

Die Kosten des Balkankrieges.

Das bekannte Londoner volkswirtschaftliche Wochenblatt Economist enthält eine schätzungsweise Berechnung der bisherigen Kosten des Balkankrieges für die beteiligten Staaten. Das Blatt berechnet die durchschnittlichen Kosten eines Soldaten pro Tag auf 10 Schilling und kommt auf dieser Grundlage zu dem folgenden Ergebnis:

Bulgarien	300 000 Soldaten,	47 Kriegstage,	7 050 000 Pfd. Sterling
Serbien	200 000 "	47 "	4 700 000 "
Griechenland	150 000 "	64 "	4 500 000 "
Montenegro	40 000 "	56 "	1 120 000 "
Türkei	400 000 "	64 "	12 800 000 "
Summa	1 090 000 Soldaten		Summa 30 470 000 Pfd. Sterling

Einschließlich der Mobilisationskosten und der Kriegskosten während des Waffenstillstandes belaufen sich die unmitteldbaren Kriegskosten der fünf Staaten schon bisher auf 35 Millionen Pfund Sterling oder 700 Millionen Mark. In dieser Berechnung sind jedoch die gewaltigen wirtschaftlichen Schäden, die die fünf Nationen durch diesen Krieg erlitten haben, selbstverständlich nicht einbezogen.

Zwei Welten.

Wie das Reich für die Junker sorgt.

Das Volk leidet Not, es muß seine Lebenshaltung einschränken, die Junker aber jaulen. Sie dürfen tiefe Griffe in den Staatskassentun. Im Jahre 1912 ist die Summe der eingefakten Ausfuhrprämien wieder mächtig in die Höhe geschwollen. Der Zoll wurde mittels Einfuhrscheiden mit folgenden Beträgen beglichen: Januar/November 1911 92 539 177 Mark, Januar/November 1912 110 312 267 Mark. Die Ausfuhrprämie ist also um 17 773 090 Mark gestiegen. Und die Prämien, die aus dem Säckel der Allgemeinheit in die Taschen der Viebesagobenschluder hineinpraktiziert werden, dienen dazu, den inländischen Konsumenten die Preise der Lebensmittel hinaufzuschrauben. Das Anwachsen der Einfuhrprämien beweist am allerbesten, daß die im vergangenen Jahre pomphast angekündigte Reform im Einfuhrscheidenwesen einfach nur Blendwerk war. Der Prämienstand ist, wie die Sozialdemokraten im Reichstage vorausgagten, nach der Reform — Verfürzung der Geltungsdauer der Scheine, Beschränkung ihrer Verwendung in der Hauptfache auf Getreide — nur noch größer geworden. Die aufreizende Wirkung des Einfuhrscheidenwesens stellen die folgenden Angaben heraus. Rechnet man für Mehl eine durchschnittliche Ausbeute von nur 70 Prozent, dann ergibt unser Außenhandel mit Roggen für die Zeit von Januar bis November 1912 diese Rechnung: Einfuhr 948 882 Doppelpentner, Ausfuhr 9 046 819 Doppelpentner, Eingangszoll 14 744 410 Mark, Ausfuhrprämie 45 224 095 Mark. Es sind demnach an Ausfuhrprämien für Roggen 30 489 685 Mark mehr verausgabt worden, als an Zöllen die Reichskassen vereinnahmten. Die Sorge für die Großgrundbesitzer zeitigt reizende Blüten!

Der Danziger Freimann verteidigt diese Ausplünderung des Volkes im Interesse der großen Getreidehändler aber mit Ägeln und Zähnen.

Kleine politische Nachrichten.

Staatssekretär v. Kiderlen †.

Der Staatssekretär des Auswärtigen ist am 30. Dezember gestorben.

Der königliche Umsturz, den die bayerische Zentrumsregierung unter der Führung des Freiherrn von Hertling beabsichtigte, mußte unterbleiben. Der neue Prinzregent hat dem Ministerpräsidenten erklärt, daß er die ihm zugedachte Königswürde nicht annehmen werde. So ist die Welt um das Schauspiel eines königlich bayerischen Königssturzes von Zentrumsgründen gekommen.

Ausland.

Amerika.

Ein ehemaliges Staatsoberhaupt des Nordes beschuldigt.

New York, 26. Dezember. Der Konsul der Republik Venezuela hat gestern den Staatssekretär des Neuherrn der Vereinigten Staaten gebeten, den früheren Präsidenten Castro, der sich gegenwärtig an Bord des französischen Dampfers Touraine befindet, bei seiner Ankunft in New York zu verhaften. Castro soll als Flüchtling behandelt, des Nordes an dem General Parodes in Venezuela im Jahre 1909 beschuldigt und verurteilt werden.

Japan.

Tokio, 26. Dezember. Auf den 73 Jahre alten Präsidenten des japanischen Staatsrats, Fürst Yamagata, wurde ein Attentat verübt. Der Fürst blieb unverletzt. Der Attentäter nahm sich das Leben. — Das Attentat ist zweifellos die Folge der gegenwärtigen politischen Zustände in Japan. Der Staatsrat verlangt immer mehr Mittel für militärische Zwecke und legt dem Volke neue drückende Steuern auf.

die Angelegenheit „streng vertraulich“ zu behandeln. Die Herren haben das sehr begründete Gefühl, daß diese Sache das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Deshalb wir mit um so größerem Eifer für die möglichste Bekanntheit dieser am 1. Oktober medlenburgischen Nachrichten zu sorgen uns bemühen werden.

Wenn dieser Modus weiter um sich greift, dann eröffnet sich für den Staatsarbeiter eine recht traurige Perspektive. Da gilt auch das Lösungswort für alle in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter: Organisiert Euch! und erkämpft Euch mit den Arbeitern der Privatindustrie annehmbare Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Diebstahl (?) auf der Kaiserlichen Werft.

In Nummer 99 der Volkswacht brachten wir eine kurze Notiz über plötzliche Hausdurchsuchungen bei Sicherheitsbeamten der Kaiserlichen Werft. Anlaß zu dieser Maßnahme gibt eine angebliche Diebstahlsache. Nachstehender Tagesbefehl gelangte zum Aushang auf der Werft.

Tagesbefehl Nr. 248. Danzig, d. 11. November 1912.

1.) 100 Mark Belohnung. (Aushang und verteilen.)

Ende Oktober d. J. sind aus der auf dem Holm gelegenen Zuschlagsinventarierkammer für U-Boote folgende Gegenstände entwendet worden:

- 2 Pinotzapfen für Maschinengewehre, Gewicht 18 Kilo.
- 4 Gerabführungen für Petrolmotor, Gewicht 180 Kilogr.
- 10 Stulzen für Petrolführung, Gewicht circa 50 Kilogr.
- 5 Lagerfahnenhälften.

Die Gegenstände bestanden aus Bronze- und Eisenmaterialien mit Ausnahme der Lagerfahnen, die aus Hartpaß hergestellt waren, jedoch einen Bronzeüberzug hatten. Wer die Täter derart nachweist, daß sie gerichtlich belangt werden können, erhält eine Belohnung von 100 Mark — Einhundert — Mark. Meldungen werden im Hauptbureaugebäude, Zimmer 126 entgegengenommen.

Sollten die angestellten Nachforschungen nicht zur Ermittlung der Täter führen, so sieht sich die Werft genötigt, da sich der Verdacht naturgemäß auf diejenigen Personen lenkt, welche auf dem Holm Pachtland innehaben und sich infolgedessen auch außerhalb der Arbeitszeit dort aufhalten, die sofortige Aufhebung aller Pachtverhältnisse in Erwägung zu ziehen.

Der Oberwerksdirektor.

gez. v. Holleben.

Durch vorstehenden Anschlag wurde die Sache den Arbeitern bekannt, welche eine lebhaft Diskussion unter denselben auslöste. Da es sich um besonders große und schwere Bronze- und Eisenmaterialien handelt, kann doch nicht angenommen werden, daß sich Arbeiter solche Gegenstände in die Tasche stecken können. Das Werkstoff können sie mit Lasten von solcher Schwere und Größe ebenfalls nicht passieren. Mithin liegt nach Ansicht vieler Arbeiter der Gedanke nahe, daß ein Beamter durch irgend einen Irrtum die Gegenstände an Bord irgend eines Reservefahrzeugs oder nach dem Ausschuhhof für Almaterialien dirigiert hat. Derartige fast unglaublich klingende Dinge sind doch in einem Staatsbetriebe nicht zum ersten Male in Erscheinung getreten. Die Schiffskammer, aus denen die Gegenstände verschwunden sein sollen, steht auf dem Holm unweit des durch die Reichstagsverhandlungen 1910 rühmlichst bekannten Wasserloches. Bisher ist eine weitere Zuschüttung des Wasserloches angeordnet worden und hierzu die so gern als wertlos bezeichneten Gegenstände verwendet. Denn schon im Jahre 1910 verwendete man hierzu Perlenmutter, Bootstender, meterlange Kupferrohre, Gußeisen und — andere Ausrüstungsgegenstände.

Da nun trotz der 100 Mark Belohnung der Täter nicht ermittelt wurde, wurde seitens der Werft ein ganz unverständlicher Weg eingeschlagen. Auf Veranlassung der Werft wurden am 4. Dezember bei 9 Werkstoffwächtern durch die Kriminalpolizei Hausdurchsuchungen abgehalten. Die Hausdurchsuchung erstreckte sich über Werkstoffwächter, die eine 5—26 jährige vorwurfsfreie Dienzeit hinter sich haben. Gefunden wurde nach unserer Information nichts. Zum Schluß ist die Werft laut Anschlag gewillt, denjenigen Personen, welche von der Werft ein Stückchen Pachtland innehaben, den Pachtvertrag sofort aufzuheben. Eine ebenso unverständliche Maßnahme wie die Hausdurchsuchung, indem Arbeiter des Diebstahls verdächtig werden, ohne die Spur eines Beweises zu haben.

Gewissenhaftigkeit und Arbeiterfreundlichkeit

Sind bei allen bürgerlichen Zeitungen Danzigs in höchster Forderung vorhanden. Sie sind ja sämtlich auf die Abonnements der Arbeiter angewiesen und vertreten deshalb auch die Arbeiterinteressen in einzigartiger Weise.

In sämtlichen Blättern, ohne Ausnahme, konnte man denn auch die bedauerliche Nachricht finden, daß die Staatsbetriebe, besonders die Kaiserliche Werft, am Abend vor Weihnachten die Arbeiter schon um 2 Uhr nachmittags eingestrichelt haben. Infolge bereits am 13. Dezember in der Nummer 101 gemachte Mitteilung von der im Interesse des Privatkapitals geleiteten Lohnpolitik der Kaiserlichen Werft, hat jedoch kein einziges Blatt seinen Lesern übermüht! Obwohl wir uns auf einen schriftlichen Originalbericht der Werftdirektion stützen und ihn im Wortlaut wiedergaben, ging die Hochachtung keiner der ehrenwerten Redaktionen vor der Leitung des Staatsbetriebes so weit, diese verbürgt offizielle Erklärung zu übernehmen. Selbst die Danziger Zeitung, die bei jeder Gelegenheit die Arbeiterfreundlichkeit der Politik der gepanzerten Faust rühmt, machte davon keine Ausnahme.

Un diesem Beispiel können die Arbeiter klar erkennen, wie systematisch sie von der Presse der Kapitalisten von der Wahrheit abgesperrt werden. Mögen sie am Quartalsbeginn die Antwort darauf geben, wenn dieselben Zeitungen noch ihre Groschen verlangen, um das traurige Hehlertgewerbe gegen sie fortsetzen zu können und daraus noch klingenden Profit zu münzen. In die Wohnung jedes Arbeiters und jedes Freundes der Wahrheit gehört die Volkswacht!

Briefkasten der Redaktion.

H. KL. Langfuhr. Inhalt nicht schlecht. Form für Druck nicht genügend.

Seinen wertgeschätzten Kunden wünscht

ein frohes neues Jahr

„Stiefelkönig“

G. m. b. H.

Breitgasse 120.



Beilage zur Volkswacht

Nr. 1.

Danzig, den 1. Januar 1913.

4. Jahrgang.

Danzig.

Unser Redakteur, Genosse Lorenz, wurde heute wegen Majorsbeleidigung zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt, 5. Bezirk, Langfuhr. Wir machen nochmals aufmerksam auf den Beginn der Diskussionsabende am Freitag, den 3. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, im Lokale des Herrn Lipring, und erwarten zahlreiche Beteiligung. Die Bezirksleitung.

Schmutzige Wege.

Man schreibt uns: Unter dieser Überschrift erschien am 9. November ein Artikel in der Volkswacht, in welchem der Schreiber deselben den von der Breitenbachbrücke bezw. Eisenbahnwerkstätte durch Trojnl nach Heubude führenden Weg in keiner Verfassung beleuchtete. Es erschienen daraufhin Beamte des Magistrats, die den Weg besichtigten und ihn natürlich auch als unpassierbar befanden. Man ließ den gewünschten Bürgersteig aus Kohlen Schlacke schütten und mit Pflastersteinen begrenzen. So ist hier mit kleinen Mitteln gute Arbeit geschaffen worden.

In dem Artikel wurde auch die im Anschlusse des Weges durch Trojnl nach Heubude führende Chaussee geschildert. Es ist doch anzunehmen, daß auch diese von den Beamten besichtigt wurde, doch ist unerklärlicherweise noch nichts zu ihrer Reinigung getan. Sollte hier seitens der Beamten ein Vergessen vorliegen, so wäre es sehr erwünscht, wenn dieses baldigst nachgeholt wird. Denn man bedenke, es ist kein Vergnügen für die dortigen Anwohner sowie alle Passanten, in einer fußhohen Schmutzschicht herumzuwaten. Besonders sind es die Schul Kinder, die unter den schlechten Wegeverhältnissen zu leiden haben. Deshalb sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Chaussee sehr dringend einer Reinigung bedarf, zumal dieselbe, solange Trojnl zu Danzig gehört, noch nie gereinigt worden ist.

Ein Anwohner von Trojnl.

Zu der Sitvesternacht werden in der Langgasse und auf dem Langen Markte, wo sich bekanntlich der hauptsächlichste Trübel abspielt, verstärkte Schutzmannspatrouillen und Militärmanöschafte aufgestellt werden. Von 11:15 bis 12:15 Uhr wird darauf gesehen werden, daß alles „rechts geht“. Das laute Frostdenkmäler-Rufen ist nur bis 12:15 Uhr gestattet.

An unsere wertigen Abonnenten richten wir die dringende Bitte, Abonnementsgelder nur gegen Quittung an die Trägerinnen zu entrichten. Nur so können Unregelmäßigkeiten vermieden werden. Expedition der Volkswacht.

Aus Westpreußen.

Die Sklaverei als Junkerideal.

Unsere Junker sehnen sich zurück nach der schönen Zeit der Leibeigenschaft, da ihnen nicht nur, wie heute noch, Grund und Boden gehörte, sondern auch der Landarbeiter, mit dem sie nach Belieben schalten und walten konnten. Zwar ist infolge der schönen Gefühlsordnungen der Landarbeiter heute nicht viel besser daran, als früher. Zwar schwingt der Gutsherr oder sein Vogt noch euerge lüchlig die Peitsche über die Horke, aber so völlig rechtslos wie der chemische Leibeigene ist der Landarbeiter nun doch nicht mehr, er kann ja zu Gericht gehen und klagen, kann sich organisieren, um seine Rechte wahrzunehmen, er kann schließlich — und das schlimmste für die Großagrarier — sein Bündel schnüren und den geeigneten Gesilden unserer Junker Ballet sagen. Und die Landarbeiter tun das auch in Massen; die Landflucht ist eine allgemein bekannte Erscheinung. Dieser gilt es zu steuern. Natürlich nicht mit vernünftigen sozialpolitischen Einrichtungen — das könnte ein Großagrarier nicht über sich bringen —, sondern mit der Wiedereinführung der Sklaverei.

Denn auf nichts anderes läßt hinaus, was in der westpreußischen Landwirtschaftskammer der Rittergutsbesitzer Kühle-Blaackens am 19. Dezember als Referent in Danzig forderte. Als er über die „Sicherung der Arbeitgeber gegen den Vertragsbruch der ländlichen Arbeiter“ berichtete, bedauerte er lebhaft, daß man

in Deutschland den Saisonarbeiter noch als freien Arbeiter behandle, so daß man ihn bei Kontraktbruch nicht bestrafen, sondern „höchstens“ ausweisen könne. Die Verhältnisse würden „immer unerträglicher“. Er beschäftigt viele ausländische Arbeiter und will mit ihnen reichlich unangenehme Erfahrungen gemacht haben. Beispielsweise nach einer Unterhaltung des Redners mit seinen Arbeitern auf dem Felde, insbesondere mit einem von ihnen, seien 63 Arbeiter ganz ruhig davongegangen und hätten die Arbeit liegen gelassen. Und diese Vorgänge hätten sich bei ihm fortgesetzt wiederholt. Die Arbeiter seien dann zur Polizei und zum russischen Konsul gegangen und hätten sich über den Redner beschwert. Sie hätten sich über schlechte Behandlung, schlechtes Essen, Abzug von Strafgeldern und Bedrohung mit einem Revolver beklagt. Nach Redners Meinung habe er die Arbeiter aber sehr freundlich und zart behandelt; trotzdem seien sie fortgegangen. Ferner wollten die russischen Arbeiter Sonntags nicht arbeiten. Die Behörden hätten dem Redner zu verstehen gegeben, daß er die Leute besser behandeln und sich mit ihnen verständigen solle. Redner war aber der Meinung, daß Gendarm und Polizei hier zugunsten des Arbeitgebers eingreifen sollten. Redner verlangte, daß die Gesetzgebung eingreife. Die Leute, die mit der Arbeit aufhören, müßten wegen Kontraktbruchs bestraft werden. Auch solche Arbeitgeber müßten hoch bestraft werden, die Arbeiter beschäftigen, die auf einer anderen Stelle die Arbeit niedergelegt hätten. Von der Regierung müßten Beamte angestellt werden, die alle vierzehn Tage die einschlägigen Verhältnisse kontrollierten, da die Amtsvorsteher versagten.

Der Oberpräsident v. Jagow machte darauf aufmerksam, daß die Ausweisung auf Kosten der Arbeiter nicht möglich sei, weil sie kein Geld besäßen oder es vorher nach Hause schickten. Würde ein Gesetz gegen die russischen Arbeiter gemacht werden, so würde wahrscheinlich die russische Regierung deren Auswanderung nach Preußen verhindern. Kontrollbeamte würden den Arbeitgebern wohl kaum angenehm sein. Die Amtsvorsteher hätten den Vorwurf nicht verdient, daß sie auf die Beschäftigung kontraktbrüchiger Arbeiter nicht achteten. Die Amtsvorsteher in der Monarchie, weniger in Westpreußen, wollten, aber nur aus Rücksicht auf ihre landwirtschaftlichen Berufsgenossen (!) nicht wissen, wo ausländische Arbeiter beschäftigt werden. Für eine Bestrafung der Arbeiter, die die Arbeit verlassen, würde die Regierung sein, aber das Parlament habe ihr ja einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor die Nase geworfen. Die Landwirte sollten Stimmung für ein solches Gesetz machen, dann schükien sie sich selbst.

In der Diskussion wurde bedauert, daß die Schöffengerichte auch dann, wenn Landwirte darin säßen, die vom Amtsvorsteher auf Grund des Gesetzes von 1854 gegen Arbeiter festgesetzte Strafen herabsetzen. Die Gerichte müßten vielmehr regelmäßig über die Strafe des Amtsvorstehers hinausgehen, dann würden die Arbeiter schon Angst bekommen. Es wurde ferner empfohlen, nur Arbeiter mit Kindern zu verbieten. Solche wären dann durch ihre Kinder gebunden. Ein augenscheinlich sehr fortschrittlicher und humaner Agrarier wünschte, daß die deutschen Arbeiter besser behandelt und bezahlt würden und durch die sogenannte Anpflanzung an die Scholle gereizt würden.

Die westpreußische Landwirtschaftskammer, in der ein Oldenburg-Jaunshau regiert, ist stets bahnbrechend für die noch stärkere Verdrängung der Landarbeiter tätig gewesen. Die in ihr organisierten Großagrarier waren es, die sogar die Einfuhr von chinesischen Kulis nach Deutschland forderten, um die deutschen Landproleten noch mehr knebeln zu können.

Auch die neuen Offenbarungen schöner Agrarierseelen, denen die Rechtslosigkeit der deutschen Landarbeiter und namentlich der fast ganz schutzlosen ausländischen Saisonarbeiter noch nicht genügt, sind ganz eitel.

Der Legitimationszwang genügt den ostelbischen Granden nicht; zum mindesten der Saisonarbeiter soll kein freier Arbeiter bleiben, der er ja gar nicht ist. Er soll zum ausgeprägten unfreien Menschen, zum hilflosen Sklaven werden, damit seine Ausbeutung ungehindert von gesetzlichen Bestimmungen erzieher kann. Der ostpreußische landwirtschaftliche Zentralverein will die Sechshalbmillion dieser Arbeiter; sie sollen auch im Winter hierbleiben, damit die Agrarier mit ihrer Jahreskontrakte abschließen und sie dauernd in Fesseln schlagen können. Solche Kontrakte würden natürlich nur zur Aufrechterhaltung des Scheines, als handle es sich

um rechtlich freie Arbeiter, geschlossen, in Wirklichkeit geht die Forderung der Agrarier in ihrer Arbeiterpolitik viel weiter, wie ja der Sprecher der westpreußischen Landwirtschaftskammer verraten hat. Sind aber erst die Saisonarbeiter geknebelt, zu unfreien, also rechtlosen Menschen gemacht; dann kommt auch der deutsche Landarbeiter dran, dann werden die deutschen Landproleten ihrer wenigen Rechte völlig beraubt, sie zu völligen Sklaven der Junker und Junkerengenossen gemacht.

Die Landarbeiter sehen, was ihnen von ihren „Herren“ droht. Sie werden natürlich ihre Maßregeln treffen, den Gelüsten der Junker nach unumschränktem Herrrentum zu begegnen, sie werden ihre Organisationen ausbauen und innerlich festigen, denn nur in der Organisation und Aufklärung der Klassengenossen liegt die Gewähr, die Pläne der Arbeiterfeinde zu verstellen und auch den Landarbeitern endlich ein besseres Los zu verschaffen.

Elbing.

Der agrarische Seuchenschwindel.

In der Elbinger Zeitung lesen wir: Schweinepeste und Schweinepest haben in diesem Jahre mehr denn je unter den Schweinebeständen der Niederung und der angrenzenden Kreise gewaltige Verheerungen angerichtet, während die Rotlaufseuche nach Einführung der Schutzimpfungen beinahe gänzlich verschwunden ist. Beide Krankheiten haben viele gemeinschaftliche Merkmale, die Schweinepeste erstreckt sich meistens auf die Lungen und ist die mildere Form, während Schweinepest, die schlimmste aller Schweinekrankheiten, sich in Darmkrankheiten diphtheritischen Beschwären im Darmkanal, namentlich im Dickdarm, Anschwellung und Verhärtung der Schweißdrüsen äußert. Diepeste ist merkwürdigerweise von Schweinekrankheiten in diesem Jahre beinahe ganz verschont geblieben. Der Seuchenherd für Schweinepest scheint in der Christburger Gegend zu liegen. Die dortigen Güter beschäftigen sich hauptsächlich mit Schweinezucht und versehen die Käseereien der nahegelegenen Niederung mit Magerschweinen. Auch die Institute geben Magerschweine ab. Dadurch scheint die Schweinepest in die Käseereien verschleppt zu sein. Während die Seuchen sonst im Frühjahr (März und April) aufzutreten pflegen, haben sie sich in diesem Jahre erst im Hochsommer eingestellt. Da die Schweinepest in dieser Zeit schon weiter fortgeschritten ist, haben die Käseereien einen um so größeren Schaden erlitten. Kaum eine Käseerei in der Niederung ist von der Schweinepest verschont geblieben. Daß auch die Elbinger Molkerei von Schröter ihren gesamten Schweinebestand eingebüßt hat, dürfte noch in Erinnerung sein. Die Mehrzahl der Käseereibesitzer haben von Einstellung neuer Schweine zur Wintermast abgesehen, weil sie erneuten Ausbruch der Seuchen befürchteten. In einzelnen Käseereien, z. B. Markushof und Heiligenwalde, die neue Schweine ankaufen, ist die Pest auch pünktlich wieder aufgetreten, so daß die Bestände zum zweitenmal geräumt werden mußten. Die Befestigungen einer ganzen Anzahl von Niederungsdörfern, wie Pöhlitz, Reichsfelde, Altdorf u. a. sind ebenfalls ohne Schweine. Für die Gestaltung der Fleischpreise ist das nicht sehr vorteilhaft. Die großen Güter haben hier und dort alle Zuchtsauen abhaffen müssen, Buchwalde z. B. mehrere hundert Stück.

Es ist also eitel Schwindel der Agrarier, daß die Grenzen wegen Einschleppung von Viehseuchen gesperrt werden müssen. Die Viehseuchen grassieren in Deutschland genau so wie irgendwo, oder bei uns noch viel schlimmer und gewaltiger, als in anderen Ländern. Wir haben ja schon wiederholt auf diesen Schwindel des Großbaerentums hingewiesen. Aus den Zeilen der Elb. Ztg. spricht der ganze Jammer der agrarischen Lügen, die nur darauf berechnet sind, dem Volke mit der Einschleppung von Viehseuchen aus dem Auslande Sand in die Augen zu streuen, um im Trüben fischen zu können.

Danzig-Land.

Schlechte Wegeverhältnisse.

Weißflinten. Die Bewohner von Bohnsackertrojl leiden unter sehr schlechten Wegeverhältnissen. Würden hier einige Kommerzjerräte wohnen, so, das ist allgemeine Ueberzeugung, würden die vorhandenen Mißstände sehr bald behoben sein. Es sind hier aber

Ernte.

Soziale Reform aus Amerika von E. Dewitt.

[4]. (Wachdruck verboten)

„Sie sind also in Italien gewesen?“ fragte sie, die Schmeichelei völlig ignorierend. „Warum haben Sie mir das nicht schon früher gesagt?“

„Entschuldigen Sie, wenn ich einen Brief lese“, unterbrach das Gespräch der Vater, dem der schwedische Diener ein soeben mit der Post eingetroffenes Schreiben überreicht hatte. Er öffnete es und überflog den Inhalt; wie immer, wenn er sich heftig ärgerte, stieg in sein Gesicht tiefe Röte.

„Oh dieser unverschämte Patron! Nein, er hat von seinem Standpunkt aus Recht. Jezt ist mir alles klar — wech! Rarr ich doch wieder einmal gewesen bin!“ So kam es abgebrochen in unwilligen Lauten zwischen seinen Lippen hervor.

„Was ist geschehen, Vater?“ fragte Grace und blickte ihn ängstlich an.

Einen Augenblick lang war Mr. Wilson vor Wut sprachlos. Dann reichte er ihr ohne ein weiteres Wort den Brief. Sie überflog den Inhalt.

„Les ihn laut, mein Kind! Les ihn laut!“ entrang es sich dem Munde des Vaters. „Vielleicht habe ich mich doch getäuscht.“

Das Gesicht des Mädchens war plötzlich erbleicht. „Sehr wohl, Vater“, sagte sie „wenn du es willst —“ dabei traf ein Blick aus ihren Augen Wilson, der sich sofort mit einer Verbeugung zum Gehn erhob.

„Nein, verlassen Sie mich nicht, ich möchte, daß Sie den Brief hören.“ Dies ihm, Grace.

Der Brief hatte folgenden Wortlaut:

Mr. Roger Wilson, Marjib-Farm
Arbuthnot, Kansas.

Gebeter Herr! Ich bekenne mich zum Empfänger Ihres Schreibens vom 16. d. Mis., worin Sie mich in Sachen meiner Hypothek auf die Marjib-Farm um einen weiteren Ausschub von zwei Monaten ersuchen. So gern ich Ihrem Wunsch auch entsprechen möchte, sehe ich mich doch zu meinem Bedauern außerstande, da das Geld, welches Sie von mir leihen, nicht mein Eigentum, sondern das einer dritten Person ist, die ich als Agent verrete. Der Herr, dessen Geld ich für den genannten Zweck verwandte, hat mich nun um Rückgabe des Betrages in bar ersucht, doch bin ich dazu nicht in der Lage. Ich muß Sie

daher ersuchen, den vollen Betrag bis spätestens, den 22. kommenden Monats an mich zurückzuzahlen, andernfalls ich die üblichen Schritte gegen Sie ergreifen möchte.

In aufrichtigen Bedauern zeichne ich

Achtungsvoll

Jack Hopper.

„Das ist eine Lüge!“ schrie Wilson erregt auf und schlug mit der geballten Faust auf den Tisch, daß die Weingläser und Kaffeetassen klirrten. „Eine verdammte Lüge!“

Einen Augenblick lang herrschte Schweigen. Dann sprang der Engländer von seinem Sitze auf und ging, vor Wut zitternd, im Zimmer auf und ab. „Es ist eine teuflische Lüge!“ versicherte er zum dritten Male.

Eine weite Durchgasse zeigte sich auf Winton's Stra. Nach einem Augenblick des Schwagens bemerkte er: „Vielleicht kann ich Ihnen eine Erklärung für den Brief geben, der Sie in solche Aufregung versetzt hat. Erst gestern bin ich mit Hopper zusammengekommen, der mir achtundfünfzig Cent für den Büchel Weizen bot. Ich lasse ihn in die Gehele und ließ ihn stehen.“

„Und nun ist die Reihe zu Ihnen an ihn gekommen. So sind die amerikanischen Geschäftsmethoden — die verdammten amerikanischen Geschäftsmethoden! Raub ist es, weiter nichts als gemeiner, brutaler Raub! Er hat nur auf die Gelegenheit gewartet. Der Schurke weiß, daß ich bei achtundfünfzig nicht einmal auf die Reiten komme, geschweige an Abzahlung seiner Hypothek denken kann. Der Mindestpreis, zu dem ich verkaufen kann, ist neunzig Cent, und an der Börse geht der Weizen in die Höhe. Habe ich recht oder nicht, Winton?“

„Ja“ erregnete dieser langsam, in den letzten zwei Wochen ist er um zehn Cent gestiegen. Bis dahin stand er bei achtundfünfzig.“

„Das weiß der Schurke sehr wohl. Er weiß, daß ich die Farm nicht halten kann, wenn ich den Weizen zu achtundfünfzig verkaufe — und auf die Farm hat er es abgesehen.“

Winton hatte sich erhoben und in seiner Haltung wie Stürme lag etwas, was seine Zuhörer bisher nicht bemerkt hatten.

„Darf ich Sie für einen Augenblick unterbrechen, Mr. Winton“, bemerkte er ruhig. „Lassen Sie uns die Lage ganz kalblütig betrachten und zu diesem Zwecke mit Hopper beginnen. Ist es Ihnen bekannt, daß er der Vertraute der Swift'schen Kapitalgruppe ist?“

„Habe es mir doch gleich gedacht!“ murmelte Mr. T. Jan.

„Ich weiß es positiv“, fuhr Wilson fort. „Ich habe mich eingehend mit dieser Sache beschäftigt und sehr gut unterrichtet

Freunde in Chicago um Auskunft gebeten.“ Es war, nebenbei gesagt, kein alter Freund Robert Dickson, dem er diese Auskünfte verdankte. Hopper hat den Auftrag erhalten, das Zwangsverfahren gegen alle Farmer einzuleiten, die ihm die gekündigten Hypotheken nicht auf den Tag zahlen. Die Schuldner werden dadurch gezwungen, ihren Weizen zu jedem Preise zu verkaufen, und er schlägt durch die Operation zwei Fliegen mit einer Klappe, indem er Farmer sowohl wie Weizen in seinen Besitz bringt, ohne den entsprechenden Gegenwert zu leisten. Das ist eine Seite des Falles. Hopper will Sie zwingen, die Hypothek auf Ihre Farm zu zahlen, ehe der Marktpreis die richtige Höhe erreicht hat.“

„Es ist mir nur zu klar“, stöhnte Wilson.

Jetzt kommen wir zu der andern Seite des Falles. Die Swifts sind einen Bund mit Joseph Vesper eingegangen, jenem berühmten Spekulanten, der, wie Sie wissen, im letzten Winter den Maispreis so schrecklich in die Höhe trieb und der auch in den letzten zwei Jahren mit den Weizenpreisen ein schamloses Spiel getrieben hat, indem er ihn entweder in die Höhe schmeißt oder zum Fallen bracht, wie es seinen dunklen Mächenschaften an der Börse gerade am besten in den Augen paßte. Man nennt Joseph Vesper den Napoleon der La Salle Stra. — In La Salle Street erhebt sich der Palast der Getreidebörse in Chicago. — Doch ist er in meinen Augen nichts weiter als ein ganz gewöhnlicher, verdammter Schurke.

Natürlich hat das etwas zu bedeuten, wenn zwei so mächtige Kapitalvereinigungen wie die Swifts und die Vesper's ein Bündnis miteinander eingehen. Durch dieses Bündnis haben sie die ganze Getreideproduktion des großen Nordwestens unter ihre Kontrolle gebracht. Ich bin jeder Bewegung auf dem Weizenmarkte feindlich und weiß, daß sie den Weizenpreis auf seinen gegenwärtigen niedrigsten Standpunkt heruntergedrückt haben. Zu diesem Preise kaufen sie jetzt den Maiweizen, der gerade von den Feldern eingebracht ist. Die meisten kleinen Farmer haben Hypotheken auf ihre Grundstücke und kein Geld, und müssen daher zu dem geborenen niedrigen Preise verkaufen. Wenn Swift und Vesper allen Weizen in ihren Besitz gebracht haben, den sie zu diesem Preise kaufen können, so fangen Sie mit den Kurstreibern an der Börse an. Sie „bullen“ den Markt, wie der Fachausdruck lautet, und Sie werden, ich gebe Ihnen mein Wort, nicht eher damit aufhören, als bis der Preis des Weizens auf hundertundfünfzig Cent für das Büchel gestiegen ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Antrag auf Eröffnung des Geschäftsbetriebes und Veröffentlichung der Tarife und Versicherungsbedingungen ist nach den bereits geführten Vorverhandlungen nunmehr am 18. d. M. von der gegründeten Aktiengesellschaft auch formell gestellt worden. Selbst wenn die Erledigung dieses Antrages keinerlei Verzögerung erfährt, werden auch noch einige Wochen verstreichen, ehe der eigentliche Geschäftsbetrieb der „Volksfürsorge“ aufgenommen werden kann. Alle die zahlreichen Freunde des Unternehmens, die ihr Versicherungsaufträge zuweisen wollen, müssen daher noch einige Zeit Geduld haben. Der bedeutendste Teil der sehr schwierigen und zeitraubenden Vorverhandlungen, die Festsetzung des Gesellschaftsvertrages der Tarife und Versicherungsbedingungen ist aber nun glücklich zu Ende gebracht und die Hoffnung darf wohl geäußert werden, daß in nicht allzu ferner Zeit die „Volksfürsorge“ mit ihrer Tätigkeit beginnen wird.

Der Tarifvertrag der Maler vor dem Reichsgericht.

Für das Malergewerbe besteht ein am 26. Januar 1910 zwischen dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe (Sitz Berlin) einerseits und drei Arbeitnehmerorganisationen, nämlich dem Verband der Maler Deutschlands (Sitz Hamburg), dem Zentralverband christlicher Maler (Sitz Düsseldorf) und dem Hirsch-Dunderschen Gewerksverein andererseits abgeschlossener Reichstarifvertrag, der Festsetzungen über die zu zahlenden Löhne ufm. enthält. In dem Tarifvertrage findet sich aber auch eine über den sonstigen Rahmen solcher Verträge hinausgehende Bestimmung, die eigentlich nur die Arbeitgeber untereinander betrifft: Nach Paragraph 10 müssen die vertragsschließenden Parteien ihre Mitglieder verpflichten, sich gegenseitig zur Befähigung der Schmutzkonzurrenz zu unterstützen; solche liege vor, wenn ein Meister einen Auftrag unter dem Selbstkostenpreis übernimmt. Solchenfalls sollte die Sperre verhängt werden können.

Am 20. März 1910 verhängte die Ortsgruppe Spandau des Arbeitgeberverbandes über ihr Mitglied, den Malermeister P. und sein Geschäft, die Sperre, weil dieser Submissionsangebote für die königliche Institute und für die städtische Badeanstalt in Spandau unter Selbstkostenpreis abgegeben habe. P. will hierdurch schwer geschädigt worden sein. Auf Veranlassung des Verbandes der Arbeitnehmer hätten 25 seiner Gehilfen die Arbeit eingestellt, dadurch sei sein Betrieb lahmgelegt worden: er habe deshalb schließlich klein beigegeben und um Aufhebung der Sperre ersucht. Es fanden dann Verhandlungen statt, die dazu führten, daß P. die Kosten der Sperre übernahm, worauf diese am 23. März aufgehoben wurde. Dann strengte aber P. eine Klage gegen die am Tarifvertrag beteiligten Verbände, sowohl gegen den Hauptverband der Arbeitgeber als auch gegen die Arbeitnehmerverbände an. Er richtete die Klage ferner gegen die Ortsgruppen Spandau des Arbeitgeberverbandes und des Verbandes der Maler, und schließlich gegen je drei Bezirksmitglieder dieser beiden Ortsgruppen. Der Kläger behauptet: die Sperre habe gegen die Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung und gegen den Paragraph 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verstößen. Er habe die Submissionsangebote nicht unter seinen Selbstkostenpreisen abgegeben. Der Kläger verlangt Schadenersatz wegen der Sperre, Rückzahlung der von ihm gezahlten Kosten der Festsetzung, daß die Beklagten in Zukunft nicht berechtigt seien, auf Grund des Tarifvertrages wegen Unterbietung der Selbstkostenpreise des Verbandes wiederum die Sperre über den Kläger zu verhängen.

Das Landgericht und Kammergericht Berlin haben die Klage abgewiesen. In seinen Entscheidungsgründen führt das Kammer-

gericht aus: Soweit der Kläger seine Ansprüche auf den Vertrag stützt, sind sie unbegründet. Der Kläger ist kraft des Vertragsverhältnisses verpflichtet, die Ausübung der dem Vertragsgegner nach dem Tarifvertrag zustehenden Sperre wegen Schmutzkonzurrenz zu dulden. Die Sperre war aus berechtigt. Es lag in der Tat eine Schmutzkonzurrenz des Klägers vor. Maßgebend waren die vom Verband festgesetzten Mindestpreise, nicht die eigenen Selbstkostenpreise des einzelnen Unternehmers. Aber auch ein Angebot unter seinem eigenen Selbstkostenpreise lag offenbar vor, denn der Kläger hat bei der Ausschreibung derselben Arbeiten sein eigenes früheres Gebot selbst unterboten, um seinen Mitkonkurrenten herauszudrängen. Hat aber der Kläger die Sperre durch sein Verhalten selbst veranlaßt, so kann er hieraus keinen Schadenersatzanspruch geltend machen. Auch soweit der Kläger sich auf außervertragliche Haftung beruft, ist die Klage unbegründet. Die Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung sind nicht anwendbar, weil Tarifgemeinschaft keine Kampfesorganisationen sind und eine Nötigung des Klägers nicht vorliegt. Auch die vom Kläger behauptete Sittwidrigkeit der Sperre im Sinne des Paragraphen 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist zu verneinen. Jedenfalls hat aber der Kläger, indem er sich der Sperre unterwarf und deren Kosten zahlte, damit auf alle Schadenersatzansprüche verzichtet.

Das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts bestätigt.

Nur ein Stück Brot zu Weihnachten.

In Konstanz am Bodensee ließ ein Lehrer die Schüler auf einen Zettel schreiben, welche Weihnachtswünsche sie hätten. Der Sohn eines Fuhrmanns, der noch sieben Geschwister hat, schrieb auf den Zettel: Ein großes, gutes Stück Brot! Wir leben wirklich in der besten der Welten, wenn ein Schulkind ein großes, gutes Stück Brot als das schönste Weihnachtsgeschenk betrachtet.

Nah und Fern.

Peter Krapotkin.

Aus London wird uns geschrieben: Fürst Peter Krapotkin, der bekannte russische Revolutionär, feierte am Montag seinen siebzigsten Geburtstag. Zu diesem Tage sind ihm von Freunden und Bewunderern aus dem Lande, das er seit Jahrzehnten zu seinem Asyl und zu seiner Heimat gemacht hat, so zahlreiche und bereidete Huldigungen dargebracht worden, daß sie beinahe geeignet sind, ihn in Verlegenheit zu bringen. In einer öffentlichen Gratulationsadresse, die neben einer großen Anzahl von Schriftstellern, Künstlern, Geistlichen und „Reformern“ aller Art auch von Keir Hardie und D'Grady unterzeichnet ist, werden seine Verdienste um die Naturforschung, um die Gesellschaftswissenschaft, sowie seine opferfreudige Hingebung im Dienste der leidenden Menschheit mit begeisterten Worten gepriesen. Ein Satz in dieser Adresse verdient hervorgehoben zu werden, weil er eine große Sympathie vieler englischer Sozialreformer mit den Grundgedanken des theoretischen Anarchismus verrät. Es heißt nämlich darin: Sie haben uns gelehrt, im sozialen Leben auf jene wichtigste Triebkraft, dem Prinzip der Freiwilligkeit, zu bauen, welches so viele der besten Leben zu allen Zeiten inspiriert hat und jetzt in allen modernen Gesellschaften als der leitende Entwicklungsfaktor anerkannt wird — im Gegensatz zu dem bloß regulativen und regierenschen Prinzip, das in der Form von allzu-

viel Begehung die Originalität und die Initiative des Volkes untergräbt.

Jedenfalls haben die vielen bürgerlichen Persönlichkeiten mit der Ehrung Krapotkins sich selbst geehrt. Es sind jetzt schon an die 40 Jahre, daß Krapotkin dem Bereiche der Kunst entkommen ist, aber Bäterchen und seine Kreaturen haben ihn noch nicht vergessen. Diese begeisterten Huldigungen durch viele der geachteten Vertreter Englands werden an der Newa wie ein giftiger Stachel wirken.

Auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die Krapotkins politische und soziale Auffassungen nicht teilt, wird ihm liebevolle Glückwünsche darbringen. Sie hat dem Mann, der Würden, Ehren und Reichthümer entschlossen hinter sich ließ, um im Interesse der enterbten und geknechteten Millionen in Gefängnissen zu schmachten und von Land zu Land gehegt zu werden, stets ihre Hochachtung bewahrt. Sie liebt und ehrt ihn als eine große Persönlichkeit und einen unverfälschten Freund des Volkes.

Meidet das Gift des Schnapses!

In der Reichstagsitzung am Mittwoch, 4. Dezember, beklagte der Reichsschatzsekretär Kühn, daß die Branntweinsteuer eine Mindereinnahme von sechs Millionen Mark ergeben habe.

Das ist ein Rückgang der Steuer wider die Allerärmsten, der auf das Konto des

sozialdemokratischen Schnapsborkotts

zu setzen ist. Wieviel Elend, Unfrieden, Krankheit und Degeneration ist schon durch die hierdurch angezeigte Minderung des Schnapskonsums verhütet worden! Wieviel mehr könnte erreicht, wieviel mehr Familienglück, Selbstvertrauen, Gesundheit und proletarische Kampfesfreudigkeit könnte geschaffen werden, wenn alle Arbeiter die Parole des Schnapsborkotts sich zu eigen machen wollten!

Weg mit dem Liebesgabenfusel!

der leider immer noch reichlich fließenden Einnahmequelle für die erbittertesten Arbeiterfeinde, die Junker.

PROSIT!!!



Wer

ist's?

Neujahr

all den vielen Tausenden verehrten Geschäftsfreunden!

Allen meinen werten Kunden ein

glückliches neues Jahr!

M. Blumenreich Nachf.

Möbel- u. Waren-Kredithaus
Danzig, Breitgasse 16.

Gesangverein Sängerguß.

Nächste Übungsstunde Donnerstag, den 2. Januar, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Maurerherberge.

Schulreises Mädchen

von 14 Jahren, das zu Hause schlafe kann, gesucht. Off. unter K. 100 a. d. Exped. d. Volksrecht.

Familie von 3 Personen sucht Stube, Kabinett nebst Zubehör. Nähe Breitgasse. Offerten unter W. an die Expedition der Volksrecht.

Friseur Harnisch, D., ca. Ostbahn 4b.

Friseur Litfin, Ohra, Ostbahn 1.

Friseur May Condy, Kneipab 28 u. 33.

Die glückliche Geburt eines munteren Töchterchens zeigen hoch erfreut an

Graudenz, 27. Dez. 1912.

Julius Rohlandt
und Frau, geb. Zylla.

Zähne werden gut gezogen, auf Wunsch schmerzlos, auch wird der Nerv getötet von W. Schreiber, Heilgehilfe, Tischergasse 27.

1913

PROSIT NEUJAHR!

1913

Goldene 14

Herren-Garderoben.

Lange Brücke, zwischen Häker- und Johannistor.

Spezialhaus für Musikwaren

Julius Bogusch, G. m. b. H.
Telephon 558 Metzergasse 1 Telephon 558

Hut-Haus London

II. Damm 10.

Paul Jäschke

Musikwaren.

Hundegasse 112 neben der Post.

Harmophon Musikhaus

Hundegasse 13.

Musikhaus „Komet“

Breitgasse 150/52.

A. Hein

Mechanische Werkstatt

Breitgasse 115.

Paul Wienhold

Friseur

Langfuhr

Max Kondy

Friseur

Karnap 28 und 33

Sally Bieber

Kaufhaus

Stadtbühn 4

E. Hirsch

Herren-Artikel

Altstädter Ueber 21
und
Stadtbühn 7

N. Fingerhut

Maler, Restaurator

Mühlentor 11

Julius Gerson

Kaufhaus

Fischmarkt 11

Theoph. Kuschel

Kolonialwaren

St. Remigii 11

Joñ. Hechler

Barock



Fr. Beuster

Restaurant

„Maurerherberge“

Schüsseldamm 28.

A. Lihring

Restaurant

„Zur Erholung“

Danzig-Langfuhr.

Michaelsweg 38.

Wilhelm Zamory

Glas- u. Bilderleist.-Handl.

Tischlerg. 47. Tel. 2505.

Paul Larm

Kohlenhandlung

Bartholomäikircheng. 13.

W. Schurian

Kolonialwaren

Danzig-Langfuhr.

Neuschottland 18.

J. Nözel

Zigarren, Zigaretten,

Tabake

Paradiesgasse 32

neben der Volkswacht.

Joh. Steppuhn

Café Bürgergarten

Schidlitg

Körthäuserstrasse.

Arthur Dahlmann

Danzig-Langfuhr

Hauptstraße 27.

S. Lewy Nachf.

Uhren- und Goldwaren

Pragaplatz 24. Ecke Gröbischstraße.

English Club

G. m. b. H.

Bräutigasse 196/197.

Breitgasse 106/107.

**A. Kaatz Nachf.
Kaatz & Lessing**

Möbel- und Polsterwarenfabrik

Lebzigergasse 27

E. Warkentin

Kolonialwaren

Schlesiergasse 24

Lebzigergasse 24

M. Jacobsohn

Uhrmacher und Juwelier

Breitgasse 115.

Ernst Röhl

Danziger Fahrrad-Zentrale

Pragaplatz 24

Oscar Schüßmann

Destillation und Likörfabrik

Tischlergasse 57

Gustav Reimann

Restaurations

Fischmarkt 6.